Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1930

11.9.1930 (No. 211)

Visual Library

Nr. 211 Donnerstag, den 11. September 1930 173. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Zur Reichstagswahl 1930

Zu dem dieser Tage ergangenen Verbot der Umzüge und Propagandawagen wird von zuständiger Stelle erläuternd mitgeteilt:

Als **Propagandawagen** sind Fahrzeuge zu betrachten, deren Insassen durch Mitführen von Fahnen, Transparenten, Bildern u. dgl., durch Singen, Rufen, Musizieren usw. die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken suchen oder aus dem Wagen Flugblätter verteilen, oder Wagen, die im öffentlichen Verkehr durch Plakate, durch Fahnentuch oder in anderer Weise zu Propagandazwecken auffällig kenntlich gemacht sind.

Lautsprecherwagen (Kinowagen) fallen unter das Verbot der Propagandawagen dann, wenn sie als solche in der oben geschilderten Weise ausgestattet sind und verwendet werden. Im übrigen obliegen die Lautsprecherwagen (Kinowagen) den **verkehrspolizeilichen** Beschränkungen.

Das Ministerium des Innern hat die Polizeibehörden angewiesen, am Wahltag (14. September 1930) die Aufstellung von Lautsprecherwagen (Kinowagen) auf öffentlichen Straßen und Plätzen nicht zuzulassen.

Die deutsche Wirtschaftslage

Ein amerikanisches Urteil

WTB. New York, 11. Sept. (Tel.) „New-York-Times" veröffentlicht ein Interview mit dem Teilhaber des altangesehenen Bankhauses Lee Higginson, George Murnane, der in diesem Jahre längere Zeit in Europa weilte und sich besonders eingehend mit der deutschen Wirtschaftslage beschäftigt hat.

Murnane führte aus: Der deutsche Handel und die deutsche Industrie befinden sich zweifellos in einem Zustand der Depression, der in Deutschland früher einsetzte, als in den meisten anderen Ländern. Eine langandauernde Depression bedeutet nicht nur eine starke Inanspruchnahme aller Wirtschaftskräfte, sondern auch der seelischen Energien. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich während des vergangenen Jahres so gut wie verdoppelt, und die Notwendigkeit, unerwartet große Summen zu ihrem Unterhalt beizusteuern, bildet, ebenso wie die Tatsache, daß die Steuereinnahmen weit hinter den Voranschlägen zurückbleiben, einen wesentlichen Faktor in der Depression. Ein besonderer Umstand ist das schwindende Selbstvertrauen in breiten Schichten der Bevölkerung, der naturgemäß seinen Ausdruck in ernsten Besorgnissen findet, ob es Deutschland auf die Dauer möglich sein wird, **die Lasten des Youngplanes** ohne Schädigung seines wirtschaftlichen Lebens und ohne ernstliche Verschlechterung seiner Lebenshaltung zu tragen. Es erhebt sich die Frage, ob Deutschlands Kaufkraft, von der unter anderen Umständen der Weltmarkt Vorteile haben würde, nicht beträchtlich durch die Reparationszahlungen eingeschränkt wird, da die Zahlungen Deutschland ja zwingen, auch den Teil seiner Erzeugnisse auf den Weltmarkt zu bringen, für dessen Verbrauch im Inlande die deutsche Kaufkraft nicht ausreicht. Die durch die langwierige Depression verursachte Entmutigung werden von einigen Kreisen als die Ursache der **Kapitalflucht** angeführt.

Bei der Betrachtung der verschiedenen Zahlenangaben sollte beispielsweise die Tatsache nicht übersehen werden, daß der Monatsdurchschnitt der **deutschen Ausfuhr** von 1927/1929 von 552 auf 1057 Millionen Reichsmark, also nahezu das Doppelte stieg, während es zutrifft, daß sie im Laufe der letzten Monate dem Werte und dem Umfange nach einen beträchtlichen Rückgang gegenüber den entsprechenden Monaten des Vorjahres aufwies. Andere Zahlen, wie die Steigerung der Gesamterzeugung von elektrischem Strom von 1913 bis 1928 von 2,8 auf 14 Milliarden Kilowattstunden, die durch weitere Beispiele vermehrt werden können, zeigen den Fortschritt der deutschen Wirtschaft trotz aller bedenklichen Folgen der Nachkriegszeit.

Ein ausländischer Besucher kann sich dem Eindruck nicht entziehen, den dieses Deutschland macht, das ungeachtet seiner beschränkten Mittel abermals mit solcher **Energie** auf den Gebieten arbeitet, auf denen es vor dem Kriege eine so starke Stellung einnahm. Die auf den landwirtschaftlichen Versuchsstationen geleistete Arbeit zeigt die erfolgreiche Lösung von Problemen innerhalb von ein oder zwei Jahren, die anderswo den wissenschaftlichen Bemühungen von Jahrzehnten trotzten. Die Besucher Deutschlands glauben, daß es durch seine wissenschaftliche Gewandtheit wie durch seine energische Arbeit auch seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden wird.

Eine weitere Gewähr für die Wiedererholung und den Fortschritt des deutschen Wirtschaftslebens findet sich in der gegenwärtigen Position der deutschen **Reichsbank**, deren Leitung unbeirrt an den einfachen Grundsätzen einer **konservativen Währungspolitik** festhält, mit dem Ergebnis, daß die Reichsbank gegenwärtig beträchtliche Reserven zu ihrer Verfügung hat. In wachsendem Maße benötigt Deutschland heute die Nachfrage fremder Länder nach seinen Waren und, für absehbare Zeit wenigstens, die Deckung seines Kredit- und Kapitalbedarfes seitens des Auslandes. Die deutsche Regierung hat durch finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens im Ausland beigetragen, namentlich durch ihre Politik der weit möglichsten Eliminierung der Lasten der **Arbeitslosenversicherung** aus dem Budget, wodurch ein Element der Unsicherheit beseitigt wurde, das während der letzten Jahre wiederholt das Gleichgewicht der Reichsfinanzen gefährdete. Ferner wurde ein großzügiger Plan öffentlicher Arbeiten ins Werk gesetzt, der Aufträge im Gesamtbetrag von über einer Milliarde Reichsmark vorsieht. Ungeachtet ihrer **Unpopularität** wurden **Steuererhöhungen** vorgelegt, die als **unerläßlich** zum Ausgleich des Reichsbudgets angesehen wurden. Ein entschiedener Anfang ist endlich mit der Durchführung gewisser **Ersparnisse** in der öffentlichen Verwaltung gemacht worden. An andere dringliche Aufgaben, deren Lösung nicht im Handumdrehen erfolgen kann, obwohl sie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten unerläßlich ist, muß mit aller verfügbaren Energie herangetreten werden.

Die **gegenwärtige Regierung** hat durch ihre bisherigen **Maßnahmen** einen **Geist der Führung und Entschlossenheit** gezeigt, die einen hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft eröffnen. Man darf hoffen, daß die kommenden Reichstagswahlen die bisher eingeschlagene Richtung bestätigen und befestigen werden. Wenngleich die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse gewisse Richtungen des politischen Radikalismus gefördert haben, so kann ich doch nur glauben, daß der **gesunde Sinn des deutschen Volkes**, der politischen Extremen mißtraut, sich bei den Wahlen dahin entscheiden wird, den bisher von der Regierung eingeschlagenen Kurs nicht zu gefährden.

Eine solche Gefährdung wird nicht erfolgen, wenn die politische Macht weiter den Händen der verständigen bürgerlichen Klassen und des gemäßigteren Teils der deutschen Arbeiterschaft verbleibt, was immer auch sonst die Parteikonstellation nach den Wahlen sein mag. Unter der Führung ihres ehrwürdigen **Präsidenten**, der über dem Streit der Parteien steht und in so glücklicher Weise die gehaltvollsten und geachtetsten Seiten des deutschen Charakters personifiziert, wird ein Kabinett, das diese herrschenden Elemente des Volkes vertritt, sicherlich mit Erfolg das Vertrauen der Heimat wie des Auslandes bewahren.

Letzte Nachrichten

Wahlvorschläge und Bewerber für die Reichstagswahl

589 Wahlvorschläge — 7115 Kandidaten

WTB. Berlin, 11. Sept. (Tel.) Nach Feststellungen des Reichswahlleiters sind für die Reichstagswahl 565 Kreiswahlvorschläge und 24 Reichswahlvorschläge, insgesamt 589 Wahlvorschläge, zugelassen, gegenüber 642 Kreiswahlvorschlägen und 31 Reichswahlvorschlägen, gleich 673 Wahlvorschlägen, bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928. Die Zahl der Wahlvorschläge ist mithin zurückgegangen.

Die Zahl der Bewerber beträgt auf den Kreiswahlvorschlägen 6651 (6051 männliche und 600 weibliche) Bewerber, aus den Reichswahlvorschlägen 464 (427 männliche und 37 weibliche) Bewerber, zusammen 7115 (6478 männliche und 637 weibliche) Bewerber. Bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 waren 6209 Bewerber vorhanden, davon 5718 männliche und 491 weibliche Bewerber. Die Zahl der Bewerber insgesamt ist mithin um 906 (gleich 15 Prozent), die der männlichen um 760 (gleich 13 Prozent), die der weiblichen Bewerber um 146 (gleich 30 Prozent) gestiegen.

Der Bahnschutz im Saargebiet

Vor der Zurückziehung?

WTB. Paris, 11. Sept. (Tel.) Der Berichterstatter des „Journal" in Genf berichtet über die gestrige Fühlungnahme wegen der Zurückziehung der 250 französischen Soldaten im Saargebiet, der Vorsitzende der Regierungskommission, Wilton, habe erklärt, daß es gar nicht schwierig sei, diese Soldaten zurückzuziehen. Unter diesen Umständen würde die Annahme der deutschen Forderung am Freitag, also vor den Reichstagswahlen, angekündigt werden. Der Berichterstatter stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob dies genügen werde, um die deutschen Wähler für die Regierung zu gewinnen.

Vor neuen Kämpfen bei Peschawar?

WTB. London, 11. Sept. (Tel.) „Daily Herald" berichtet aus **Peschawar**, die **„Afridi Khilafatisten"**, mohammedanische Reformisten, entwickelten wieder rege Tätigkeit. Sie beabsichtigten, Peschawar anzugreifen. Ihre Stärke sei auf 3000 Mann gestiegen.

29 chinesische Kommunisten hingerichtet

WTB. London, 11. Sept. (Tel.) Nach einem Bericht der „Daily Mail" aus **Schanghai** sind in den letzten drei Tagen in Hankau **29 Kommunisten hingerichtet** worden.

Das Befinden Irigoyens äußerst ernst

WTB. New York, 11. Sept. (Tel.) Nach einer Meldung, die der „New York Times" über **Montevideo** aus Buenos Aires zugegangen ist, ist das **Befinden** des früheren Präsidenten **Irigoyen**, der an doppelseitiger Lungenentzündung darniederliegt, **äußerst ernst**.

*Zur Reichstagswahl

IV.

Bei der letzten Reichstagswahl vom 28. Mai 1928 haben gut **10 Millionen Wähler**, also rund ein Viertel der Wahlberechtigten, **von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht**. Die Wahlbeteiligung betrug rund 75 Proz. Mit am schlechtesten war sie übrigens bei uns in **Baden**, wo sie lediglich 61,7 Proz. betrug. Ferner sind am 28. Mai 1928 rund 860 000 Stimmen für 23 Splitterparteien abgegeben worden, denen es nicht gelang, auch nur ein Mandat zu erobern. Und schließlich gab es etwa 450 000 ungültige Stimmen.

Die Ziffer der ungültigen Stimmen sollte eigentlich ganz verschwinden. Wer zur Wahlurne geht und die Zeit für diese Ausübung eines bürgerlichen Rechtes aufbringt, der sollte dann auch wenigstens eine **gültige** Stimme abgeben! Daß die Zahl der aussichtslos, d. h. für mandatslose Splitterparteien abgegebenen Stimmen am kommenden Sonntag etwas geringer sein wird, darf man wohl erwarten, da diesmal statt 35 Parteilisten „nur" 24 Listen eingereicht worden sind. Natürlich ist auch das viel zu viel, aber die Zahl ist doch schon ein kleiner Fortschritt gegenüber der letzten Reichstagswahl.

Am meisten Interesse beansprucht die hohe Ziffer der **Nichtwähler**. Wenn nur die Hälfte von ihnen, also etwa 5 Millionen, diesmal zur Urne gehen sollte, dann würde das bedeuten, daß etwa 82 Abgeordnete mehr gewählt werden. Damit wäre dann die Möglichkeit einer beträchtlichen Kräfteverschiebung im Parlament gegeben. Wenn das Gros dieser Abgeordneten sich auf die Parteien verteilen würde, die hinter dem Kabinett Brüning stehen, dann könnte sogar die Hoffnung, daß diese Parteien eine schwache Mehrheit erringen, zur Wahrheit werden. Allerdings nur dann, wenn die Nationalsozialisten, denen allgemein ein ansehnlicher Mandatsgewinn prophezeit wird, diesen Gewinn auf Kosten der **nicht** hinter dem Kabinett stehenden Parteien erringen; die Nationalsozialisten müßten also vor allem den Sozialdemokraten, den Kommunisten und den Deutschnationalen Hugenbergscher Richtung Wähler wegnehmen.

Der vorsichtige Politiker wird, wenn er überhaupt heute schon Betrachtungen über das wahrscheinliche Wahlergebnis anstellt, eher damit rechnen, daß die hinter dem Kabinett stehenden Parteien (also Zentrum, Konservative, Deutsche Volkspartei, Staatspartei, Wirtschaftspartei und Bayerische Volkspartei) nicht ganz die Mehrheit erringen. Das neue Kabinett könnte dann auf dreierlei Art zustande kommen: entweder als Kabinett der in der Minderheit gebliebenen Brüning-Parteien oder als nach rechts gerichtetes Kabinett oder als Große Koalition.

Der Reichskanzler hat erklärt, daß er **grundsätzlich** niemanden von der Mitarbeit ausschließen wolle und sich bemühen werde, eine Koalition auf möglichst breiter Basis zu bilden; die **Hauptsache sei, daß die Parteien zur Unterstützung seines Programms bereit sind.** Das heißt: wenn die Sozialdemokraten für das Brüningsche Programm eintreten wollen, sind sie willkommen. Das gleiche gilt aber auch für die Parteien der äußersten Rechten. Die Frage ist nur die, **ob** sie für dieses Programm eintreten **wollen**. Und die weitere Frage ist die, ob sie, falls sie solches wollen, denselben Männern die Führung zu überlassen gedenken.

Selbstverständlich hängt hier das Moment des Programmatischen mit dem des Persönlichen eng zusammen, jedenfalls, soweit dabei die Person des Reichskanzlers Dr. **Brüning** in Betracht kommt. Die Ablehnung der Führerschaft Brüning würde das ganze Werk gefährden, mag auch die Zustimmung zu den wichtigsten Punkten des Programms vorhanden sein. Dagegen würde sich über eine sonstige Umformung des Kabinetts in persönlicher Beziehung wohl reden lassen.

Der Wahlkampf zeitigt bei allen Parteien, in erster Linie bei den Parteien der Opposition und den Parteien radikaler Prägung, ganz bestimmte **Formulierungen agitatorischer** Art. Ist die Wahlschlacht beendet, und sitzen die Abgeordneten erst im Reichstag, dann muß praktische Arbeit geleistet werden, und dann könnte es sein, daß die eine oder andere agitatorisch aufgemachte Erklärung einer **staatspolitischen Interpretation** unterworfen wird und schließlich ein viel freundlicheres Gesicht bekommt. Interessant ist die Tatsache, daß maßgebende Führer der **Sozialdemokratie** in aller Form und der Führer der Nationalsozialisten, Herr Hitler, vertraulich betont haben, man sei an sich nicht abgeneigt, an der Regierung teilzunehmen. Einstweilen kann man sich wohl eine solche Mit-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

arbeit der **Nationalsozialisten** nicht gut vorstellen. Es müßte sich denn zuvor ein politisches Wunder ereignen.

Was geschieht, wenn die Bildung einer arbeitsfähigen Koalition im Reichstag **nicht** möglich ist, und wenn das Kabinett von neuem auf Ablehnung seines Programms stößt? Auch diese Frage ist vielfach aufgeworfen worden. Die beste Antwort darauf hat schon zu Beginn des Wahlkampfs der Zentrumsführer, Prälat Dr. **Kaas**, gegeben, indem er erklärte, daß das zur Rettung des Staats und der Wirtschaft Notwendige geschehen **müsse**, und daß man dann, wenn die Verwirklichung auf dem normalen Wege nicht möglich sei, auch **vor außergewöhnlichen Wegen** nicht zurückscheuen dürfe. Es ist selbstverständlich, daß dabei **nicht** an Staatsstreich oder Diktatur gedacht wird, sondern an den Versuch, auch weiterhin mit Hilfe des Artikels 48 zum Ziele zu kommen. Gerade dieser Artikel der Verfassung bietet die Möglichkeit, die Demokratie und die Verfassung zu **retten und uns vor dem Staatsstreich zu bewahren.**

Denn darüber kann gar kein Zweifel bestehen, **daß** der Reichskanzler aufs entschiedenste bestrebt ist, mit seiner Politik Demokratie und Parlamentarismus zu retten. Das ist sogar der tiefere Sinn seiner ganzen Politik. Das Abgleiten in die Strudel illegaler, nicht verfassungsmäßiger Aktionen soll unter allen Umständen vermieden werden. Mit Hilfe eines **einzigen** Paragraphen soll, wenn es nicht anders geht, das **ganze** Paragraphengebäude vor dem Zusammenbruch bewahrt werden. Unsere innigste Hoffnung ist jedoch nach wie vor die, daß es gar nicht dazu kommt, daß also im Reichstag eine Mehrheit einsichtsvoll und vernünftig genug ist, um hinter den Reichskanzler zu treten und mit ihm das zu tun, was die bittere Not gebietet.

Die Andrée-Tragödie

Die Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter" veröffentlicht jetzt einen Auszug aus dem **Tagebuch** des Expeditionsteilnehmers **Strindberg**, aus dem u. a. hervorgeht, daß die Andrée-Expedition am 14. Juli, drei Tage nach ihrem Ballonaufstieg, auf einer Eisscholle landete. Strindberg hat auf einer handgezeichneten Karte die Ortsbestimmungen genau angegeben, so daß man die **langsame Irrfahrt der Expedition** in südlicher Richtung verfolgen kann.

Der **Marsch nach Süden** dauerte nach den Aufzeichnungen fast **drei Monate.** Die Expedition blieb bis zum 22. Juni auf dem Ankerplatz und mußte am 27. eine Menge Gepäck zurücklassen, von da an betrug das Gewicht der Ladung nur 140 Kilogramm. Am 11. August wurde der 82. und am 7. September der 81. Breitegrad passiert. Am 12. September mußte der Proviant rationiert werden, und am 16. September gaben die Forscher den Versuch, den Marsch fortzusetzen, auf. Am kommenden Tage wurden die Gletscher von Vitön bemerkt. Die Eisscholle, auf der die Expedition eine Schneehütte gebaut hatte, zerbrach am 2. Oktober, und am 5. Oktober wurden die Forscher Gefangene der Insel. Am 6. Oktober brach ein Schneesturm aus. Nach dieser Aufzeichnung ist nur noch ein Wort vermerkt: „Resignation!" Nach dem 17. Oktober hatten Strindberg die Kräfte verlassen, er war nicht mehr imstande, weiterzuschreiben.

Die Bevölkerungsbewegung in den Großstädten. Nach den Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamtes über die Bevölkerungsbewegung in den deutschen Großstädten (über 100 000 Einwohner) im 2. Vierteljahr 1930 ist die Bevölkerungszahl in diesen Städten weiter angewachsen. Sie betrug 19 459 000 gegen 18 300 000 im Jahre 1929 und 17 762 000 im Jahre 1928. Die Zahl der Eheschließungen betrug auf 1000 Einwohner 10,9; das bedeutet eine geringe Vermehrung gegenüber 1929 (10,7). Dagegen zeigt die Zahl der Lebendgeborenen einen weiteren Rückgang. Sie betrug 1930 15 gegen 15,4 1929. Die Zahl der Todesfälle hat weiter abgenommen; sie betrug 10,2 gegenüber 10,9 1929. Ebenfalls abgenommen hat auch die Kindersterblichkeit.

Zur Wahlbewegung

Der Reichskanzler zur Reform der Krankenversicherung

Reichskanzler Dr. **Brüning** beschäftigte sich in einer Zentrumsversammlung in **Oppeln** insbesondere mit der Reform der **Krankenversicherung** und führte dabei u. a. aus:

Wenn jetzt von sozialistischer und kommunistischer Seite das Märchen erzählt werde, als ob Kinder infolge der Reform zu Tode gekommen wären, so sei das nichts anderes als eine Lüge. Entweder hätten die von Sozialisten und Kommunisten geleiteten Wohlfahrtsämter versagt, oder aber die Ausführungsbestimmungen der Krankenkassenversicherungsnovelle seien den eigenen Parteiangehörigen nicht genügend zur Kenntnis gebracht worden. **Niemand, der in schwerer Not oder krank sei, entbehre auch in Zukunft der Hilfe.** Der Reichskanzler betonte in diesem Zusammenhang auch, es sei nicht Aufgabe der Krankenkassen, sich überall Verwaltungspaläste zu errichten. Man könne auch sparsam bauen, und eine der Maßnahmen des Krankenversicherungsgesetzes sei die Verhinderung der Verwendung von Beiträgen der Versicherten zur Errichtung von Gebäuden, die in der Notzeit des deutschen Volkes nicht gebaut werden könnten.

Hugenberg und die Nationalsozialisten

In einer deutschnationalen Versammlung in **Bremen** sprach Hugenberg. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Deutschnationalen zusammen mit den **Nationalsozialisten** in den neuen Reichstag in der Stärke eines Blocks von 150 Mitgliedern einziehen werden. Auf einen Zwischenruf aus der Versammlung antwortete der Redner, daß zwar **noch keine Abmachung** mit den Nationalsozialisten getroffen sei, aber das **könnte später noch kommen.** In Potsdam erklärte Hugenberg, daß die Deutschnationale Partei auch in der Kaiserfrage den Weg der Offensive beschreiten wolle. Die Deutschnationalen seien nicht gewillt, irgendeine Verantwortung im Zeichen des Youngplanes zu übernehmen. Sie würden vielmehr trotz mancher Zweifel an der Wirtschaftstheorie Hitlers im neuen Reichstag mit den Nationalsozialisten Hand in Hand gehen.

Wahlausschreitungen

In **Berlin** hatten die Kommunisten für Mittwoch einen „Reichsarbeitslosentag" geplant, bei dem sie vor mehreren Großbetrieben, wie AEG., Siemens und anderen, zu **demonstrieren** gedachten. In allen Fällen gelang es der Polizei, die Zusammenrottungen aufzulösen; sie mußte dabei insgesamt 46 Personen verhaften und dem Polizeipräsidium zuführen. — Etwa 80 Kommunisten marschierten abends gegen 7½ Uhr geschlossen die Wilhelmstraße entlang und griffen den **Posten vor dem Reichspräsidentenpalais,** einen Wachtmeister, **tätlich an.** In der Notwehr gab der Beamte einige Schüsse ab, durch die aber niemand verletzt wurde. Der Demonstrationszug bewegte sich dann in Richtung nach den Linden weiter und wurde wegen Verletzung der Bannmeilenverordnung in der Behrenstraße aufgelöst. Fünf Personen wurden zwangsgestellt und der Abteilung Ia zugeführt.

In **Berlin** wurden im Laufe der letzten Nacht **86 Personen festgenommen.** Zum Teil handelte es sich um Klebe- und Abreißkolonnen, im übrigen lagen Zusammenstöße mit politischen Gegnern vor. 21 Kommunisten wurden verhaftet, weil sie von einer Wahlkundgebung im Sportpalast abmarschierende Nationalsozialisten überfallen hatten.

Zu den schweren Zusamenstößen bei einer Wahlversammlung in **Bad Elster,** in deren Verlauf, wie gemeldet, Max **Hölz** schwer **verletzt** wurde, wird noch mitgeteilt, daß mehrere der Teilnehmer sich bei dem Versuch, durch die Fenster ins Freie zu flüchten, Verletzungen zugezogen. Max Hölz, der am Boden lag, wurde bei dem allgemeinen Tumult mit Füßen getreten und blieb zunächst besinnungslos liegen. Hölz hat schwere Kopfverletzungen und Prellungen davongetragen. Lebensgefahr besteht jedoch nicht.

Bisherige Wahlbeteiligungen

Im Jahre 1903 war die Wahlbeteiligung bei den Reichstagswahlen 76,1 Proz., 1907 84,6 Proz., 1912 84,9 Proz. Bis zu diesem Jahr hatten das Wahlrecht nur die Männer über 24 Jahre, von 1919 an die Männer und Frauen schon von 20 Jahren an. 1919 war dann die Wahlbeteiligung 83 Proz., 1920 79,3 Proz., im Mai 1924 77,4 Proz., im Dezember 1924 78,8 Proz. und im Jahre 1928 bei der letzten Reichstagswahl 75,6 Proz.

Der Ruhrschiedsspruch verbindlich. Der Schiedsspruch vom 4. September dieses Jahres für den Ruhrkohlenbergbau ist für verbindlich erklärt worden.

Die Völkerbundstagung in Genf

Eine Friedensrede Briands

WTB. **Genf,** 11. Sept. (Tel.) Die **Völkerbundsversammlung** hat heute vormittag ihre sachlichen Beratungen mit der **allgemeinen Aussprache** aufgenommen.

Der Vertreter Kanadas, Sir Robert **Borden,** verglich die düstere Zeit der Entstehung des Völkerbundes mit der freundlichen Atmosphäre des guten Willens, der Zusammenarbeit und der Verständigung, wie sie heute erfreulicherweise vorhanden sei. Das größte Verdienst des Völkerbundes sei, daß er eine **ständige Erziehung der Nationen zum Frieden** bewirke, für die Völker eine Art Kindergarten des Friedens darstelle. Auf Initiative hin sei Briands Kelloggpakt geschaffen worden. Trotzdem dauern die **Rüstungen** an. Es ist zu bedauern, daß gleichzeitig mit dem Verzicht auf den Krieg nicht auch der **Verzicht auf Rüstungen** ausgesprochen worden ist.

Der französische Außenminister, **Briand,** erklärte, daß er als **Mandatar von 26 europäischen Staaten,** in deren Namen er der Völkerbundsversammlung eine **Mitteilung** zu machen habe. Briand fuhr fort:

Ich habe tiefes Vertrauen zu dem Völkerbund, der einer der wichtigsten Dämme gegen die Gefahr des Krieges ist. Wir sind auf Schwierigkeiten gestoßen. Wir haben lange Wochen in London verhandelt und einen erfreulichen Anfang erzielt. Ich stehe hier in Verhandlungen mit dem Vertreter eines befreundeten und benachbarten Landes, durch die hoffentlich weitere Möglichkeiten geschaffen werden. Ich habe mich, so rief Briand mit starker Betonung aus, in den Gedanken geradezu verbohrt, daß, **solange ich bin und wirke, es keinen Krieg geben darf.** Wenn irgendwelche Schwierigkeiten auftauchen, werden wir sie im Frieden und durch den Frieden regeln. Das ist eine Ehrenpflicht gegenüber den Nationen, die ihr Vertrauen auf uns setzen. Mit der Bemerkung, daß der Völkerbund sich mit allen, die internationalen Beziehungen berührenden Strömungen in Fühlung halten müsse, leitete Briand auf die **europäische Frage** über.

Konstituierung der Völkerbundsversammlung

Die Völkerbundsversammlung hat Mittwoch nachmittag die Wahl des **Präsidialbüros** vorgenommen. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Reichsaußenminister Dr. Curtius, Briand, Henderson und Matsudeira (Japan), Quinones de Leon (Spanien) und Costa de Nels (Bolivien). Die bisherige Gepflogenheit, zu Vizepräsidenten die Vertreter der Großmächte und zu Ausschußvorsitzenden Vertreter kleinerer Staaten zu wählen, ist diesmal insofern durchbrochen worden, als der Vertreter Italiens den Vorsitz des 1. Ausschusses übernommen hat, dessen Hauptaufgabe der Beratung des Juristenberichts über die **Angleichung der Völkerbundssatzungen an den Kelloggpakt** gilt. Auf der vorläufigen Tagesordnung des 3. Ausschusses steht als wichtigster Punkt die Prüfung der Entwürfe des **Sicherheitskomitees.** Dem 4. Ausschuß fällt u. a. die Behandlung der Reorganisation des **Völkerbundsekretariats** zu. Dr. Curtius wird voraussichtlich erst in der nächsten Woche sprechen.

Strafantrag gegen den Abgeordneten Künstler. Der frühere sozialdemokratische Abgeordnete Künstler hatte behauptet, daß der nationalbolschewistische Wahlaufruf der Kommunistischen Partei unter Mitwirkung von Reichswehroffizieren vorbereitet worden sei. Dagegen hat sich das Reichswehrministerium in einer scharfen Erklärung gewendet. Künstler antwortete hierauf, indem er dem Reichswehrministerium vorwarf, es unterlassen zu haben, den wirklichen Wortlaut seiner Rede festzustellen. Er habe von „ehemaligen deutschen Offizieren" gesprochen. Dazu erklärt nun wieder das **Reichswehrministerium,** daß es sich jetzt genötigt sehe, wegen Verleumdung **Strafantrag** zu stellen, um auf diese Weise für Aufklärung zu sorgen. Durch die von Künstler aufgestellten Behauptungen könne schwerer politischer Schaden, nicht zuletzt nach außen, angerichtet werden.

Strafantrag des preußischen Ministerpräsidenten. Wie der Amtl. Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Ministerpräsident Dr. **Braun** auf Grund eines Beschlusses des preußischen Staatsministeriums Strafantrag gegen den „Völkischen Beobachter" gestellt. Das Blatt hatte am 12. Juli d. J. in einem Artikel „Einspruch des Reichsrates gegen Amnestierung der Femerichter" die preußische Staatsregierung schwer beleidigt.

Badisches Landestheater

Das Karlsruher Opernjahr 1929/30

Nach dem von der Generaldirektion herausgegebenen Rückblick auf die Mitte Juli zu Ende gegangene Spielzeit entfielen auf die **Oper** von insgesamt 403 Veranstaltungen 166 Vorstellungen, und es wurden innerhalb der 299 Spieltage der abgelaufenen Saison im ganzen 38 verschiedene Werke zur Aufführung gebracht. Man muß sich zunächst an diese mitgeteilten Zahlen halten, um über die geleistete Jahresarbeit ein abschließendes Urteil fällen zu können.

Wir wollen deshalb gleich bekennen, daß aus diesem statistischen Material, das auch die auswärtigen Gastspiele (19) mitberechnet, unbedingt viel Positives zu entnehmen ist. Vor allem darf das Landestheater sehr zufrieden sein mit der **erreichten Zahl der gespielten Werke,** auch wenn bei näherem Zusehen neben einer Uraufführung, fünf Erstaufführungen und 14 Neueinstudierungen sich nicht weniger als 18 Wiederaufnahmen darunter befinden. Denn welch gleichrangiges Operninstitut weist relativ ein so vielseitiges künstlerisches Programm auf? Ein anderes freilich betrifft die Auswahl der erstmals oder erneut gebotenen Werke, bei denen leider auch auffällt, daß überhaupt keines an die Höchstzahl der Wiederholungen (z. B. „1001 Nacht" 11, „Das Glöckchen des Eremiten" 10, „Lohengrin" 9 Vorstellungen usw.) herangekommen ist. Das scheint der am wenigsten imponierende Teil des Gesamtresultates, und wennschon es uns ganz richtig dünkt, daß man auch hier in allererster Linie auf die rund 50 klassischen und romantischen Werke der Weltliteratur immer wieder zurückgreift und mit ihrer systematischen Pflege ein festes Rückgrat des Spielplans bildet, so sollten doch repräsentative Schöpfungen der neueren und neuesten Zeit im Repertoireentwurf eines Jahres nicht vollkommen fehlen. So kam weder R. Strauß noch Pfitzner zu Wort, was doch wohl einigermaßen überraschen muß, von Krenek oder Hindemith, deren Berücksichtigung aus idealistischen Gründen nachgerade nicht minder zu fordern wäre, einmal ganz zu schweigen. Man wird uns allerdings in diesem Punkt stark wirtschaftliche Bedenken sofort entgegenhalten und die Unrentabilität solchen Bemühens klipp und klar nachweisen. Aber hier geht es denn doch um mehr als um den Kassenrapport, hier handelt es sich um die Frage der **aktuellen Lebendigkeit** des Betriebes, und hier sollte der Intendant die Meinungen der kritischen Ratgeber und seines eigenen Musikstabes nicht noch länger in den Wind schlagen, sondern sein Institut zumindest irgendwie auf die Höhe von Mannheim und selbst Freiburg heben, wo doch unter weit schwierigeren Verhältnissen in dieser Beziehung recht Ansehnliches geleistet wird.

Unter weit schwierigeren Verhältnissen! Denn von einem so starken Besucherrückgang wie manche Nachbarbühne wurde unser Theater nicht betroffen, und wenn auch darüber im offiziellen Rückblick selbst leider gar keine Angaben gemacht werden, so ist es doch recht erfreulich, zu wissen, **daß gerade die Oper** mit ihrem Glanz und Prunk, mit all ihrem Klingklang und unersättlichen Verbrauch an Menschenstimmen hier **auffallend regen Zuspruch gefunden hat** und der durchschnittlichen Besucherzahl nach sich sehr wohl sehen lassen kann im Vergleich zu entsprechenden Zahlen anderer Institute. Aber diese somit zweifellos vorhandene starke Verbundenheit des Publikums speziell mit der Oper sollte eben nicht nur in rein materieller Hinsicht bei der Gestaltung des Spielplans ihren Ausdruck finden, sondern sie müßte auch Einfluß auf dessen künstlerisches Gesicht gewinnen und z. B. doch eine entschiedenere Mozart- oder Wagner-Pflege veranlassen, wenn man schon gezwungenermaßen auf den alten, jedoch beliebten Stamm der Repertoirewerke sich festzulegen wünscht.

Obwohl wir somit seinen literarischen Wert nach von einem **flauen Spieljahr** zu sprechen und **eine klarere Disposition im inneren Theaterbetrieb öfters vermißt** haben, darf im ganzen jedoch rückschauend festgestellt werden, daß die einzelnen Vorstellungen immerhin ein recht beachtliches Niveau hielten, und daß das künstlerische Personal, ebenso im Soloensemble wie im Theaterorchester, fast durchgehends hochwertige Darbietungen gewährleistete. Gewiß, auch an dieser Stelle gab die ständige Prüfung der Frage, ob in künstlerischer Beziehung jeweils jener höchste Leistungsgrad erreicht ward, der den vorhandenen Kräften und möglichen Aufwendungen entspricht und überhaupt erst die Zuschüsse rechtfertigt, wiederholt zu kritischen Bemerkungen Anlaß — zumal am Beginn der Saison rief die Neuinszenierung des „Ring des Nibelungen" starke Bedenken hervor —, nichtsdestoweniger darf aber anerkannt werden, daß das Gebotene weder den Kunstsinn noch die Opferfähigkeit der Bürgerschaft enttäuschte und auch der hier seit alters traditioneller Theaterkultur keineswegs widersprach. Im besonderen gilt das von den **Sinfoniekonzerten,** obgleich gerade ihre Situation gegenüber den Vorjahren etwas ungünstiger war, insofern das sichere Stammpublikum, das sonst gewöhnlich Dreiviertel aller Plätze in fester Abonenntenhand hielt, sich merklich gelichtet hat. Auch hierfür scheint mir übrigens eine Hauptursache in der nicht immer von grundsätzlichen Erwägungen ausgehenden Programmaufstellung zu liegen: Hat man nämlich nicht mehr die absolute Mehrheit jener Gesellschaftsschicht im Rücken, die ausschließlich gewillt ist, den Klassikern Beifall und Anerkennung zu zollen, so sollte man eben mit desto größerer Zuversicht und Mut an die Lösung von aktuellen und problematischen Dingen herangehen, um sich eine neue, objektiv denkende und unvoreingenommen genießende Hörgemeinde zu sichern.

H. Sch.

Volksschauspiel Ötigheim. Mit Ende September geht die diesjährige Spielzeit des Volksschauspiels zu Ende, so daß nur noch drei Sonntage zur Verfügung stehen. Die Vorführung des Andreas-Hofer-Spiels findet auch am nächsten Sonntag, dem Tag der Reichstagswahl, statt. — Die Vorführungen an den letzten Sonntagen waren voll ausverkauft.

Theaterbeginn in Freiburg i. Br. Das Freiburger Stadttheater eröffnete Dienstag abend mit einer Neueinstudierung von Richard Wagners **„Fliegendem Holländer"** seine Pforten. Das Haus war gut besucht und bereitete dem sorgfältig vorbereiteten und vorzüglich wiedergegebenen Werke eine herzliche Aufnahme. Die Inszenierung besorgte Spielleiter Arthur **Schneider,** die musikalische Leitung lag in den bewährten Händen von Generalmusikdirektor Hugo **Balzer.** Die Bühnenbilder stammten von Carl **Kolter ten Hoonte.** In den tragenden Rollen waren beschäftigt: Andreas Döllinger, Edit Maekker, Sigmund Matuszewski, Pauline Strehl, Max Dornbusch und Fritz Neumeyer.

70. Geburtstag von Geh. Kirchenrat Prof. D. Johannes Bauer. Am 12. September feiert Geh. Kirchenrat Prof. D. Joh. Bauer, der Leiter des Praktisch-theologischen Seminars der Universität Heidelberg, die Vollendung seines 70. Lebensjahres. Mit dem Herbst 1930 tritt Geh. Kirchenrat Bauer von seinem Amt nach 20jähriger erfolgreicher Tätigkeit zurück. Zahlreiche badische evangelische Theologen verdanken ihm die Einführung in die Praktisch-seelsorgerische Tätigkeit.

Eugen Diederich †. In **Jena** ist nach längerem Leiden im Alter von 63 Jahren der Verleger Eugen Diederich gestorben.

Die musikalische Leitung der Bayreuther Festspiele. Im Zusammenhang mit einer Mitteilung der Bayreuther Festspielverwaltung, daß Entscheidungen über die künftige musikalische Leitung der Festspiele erst in einiger Zeit zu erwarten sind, werden in einzelnen Zeitungen und Zeitschriften Behauptungen aufgestellt, die in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Insbesondere hat — so wird aus Bayreuth mitgeteilt — Frau **Winifried Wagner** selbst sich jeder Äußerung zu dieser Angelegenheit enthalten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Verhaftungen in Polen

Pilsudski gegen die Opposition

Im Einvernehmen mit Pilsudski hat, wie gemeldet, der polnische Innenminister, General Skladowski, 18 oppositionelle Abgeordnete des polnischen Sejms verhaften lassen. Sie wurden nach der Festung Brest-Litowsk gebracht. Darunter sind Führer der Sozialisten (**Libermann**), der Nationaldemokraten, **Dembski**, und der Bauernpartei, **Witos**, der mehrere Male Ministerpräsident war. Die gesamte Oppositionspresse wurde beschlagnahmt.

In einer amtlichen Mitteilung heißt es, daß im Laufe der letzten Sejmsession von den Behörden eine Reihe von Verbrechen krimineller und auch politischer Natur festgestellt worden sei, die von früheren Sejmabgeordneten verübt wurden. Angesichts des Erlöschens der Immunität der Abgeordneten haben die zuständigen Behörden die Verfolgung aller derjenigen Fälle eingeleitet, die sich im Laufe der letzten Sejmtagung ereigneten. Infolgedessen wurden am 10. September eine Reihe von früheren Abgeordneten festgenommen, die sich teils krimineller Vergehen (Diebstahl, Betrug, Unterschlagungen usw.), teils politischer Delikte (Schießen auf die Polizei, Aufforderung zur Gewalttat, Widerstand gegenüber den Behörden und staatsfeindliches Auftreten) schuldig gemacht haben.

Die verhafteten ehemaligen Abgeordneten werden wegen der Beschlüsse des **Krakauer Oppositionskongresses** zur Verantwortung gezogen werden. Die Beschlüsse werden als Aufruf zum Staatsstreich und als Beleidigung des Staatspräsidenten angesehen. Die verhafteten ukrainischen Politiker werden beschuldigt, an den in letzter Zeit erfolgten Brandstiftungen in Ostgalizien beteiligt gewesen zu sein.

Die gesamte Oppositionspresse beschlagnahmt

WTB. **Warschau**, 11. Sept. (Tel.) Die **gesamte oppositionelle Presse** ist heute früh **beschlagnahmt** worden. Der „Kurjer Warszawska" schreibt, man könne nur die Überzeugung gewinnen, daß es der Regierung darum gehe, **während der Wahlen die Massen ihrer Führer zu berauben.** Die Massen würden sich andere Führer suchen; diese, ohne genügende Autorität und Erfahrung ihrer Vorgänger, würden zu **schärferen Losungen** und Kampfmitteln greifen. Die Entwicklung politischen Denkens müsse dann in radikalster Richtung gehen.

Der **Wahlaufruf des Zentrolinken Blocks** ist heute veröffentlicht worden. Er besteht aus 14 Punkten. Die wichtigsten dieser Punkte sind: Der energische Kampf mit der Wirtschaftskatastrophe auf dem flachen Lande, Verringerung der Arbeitslosigkeit, Verringerung des staatlichen Haushaltsplanes, Sparmaßnahmen, unbedingte friedliche Außenpolitik, Verteidigung der Unantastbarkeit der Grenzen, Steuerreform, Reform der Agrargesetzgebung, demokratische Selbstverwaltung.

„Graf Zeppelin" in Moskau

Das Luftschiff „**Graf Zeppelin**", das, wie gemeldet, am Mittwochmittag in **Moskau** gelandet ist, kreiste vorher zwei Stunden über der Stadt, von Hunderttausenden von Zuschauern jubelnd begrüßt. Die äußerst schwierige Landung am Landungsmast wurde mit Hilfe von Mannschaften der Sowjetluftfahrt musterhaft ausgeführt. „Graf Zeppelin" konnte sich bei allen Kreisen der Bevölkerung einer begeisterten Aufnahme erfreuen. Als Kuriosum wurde nachträglich eine lettische Meldung bekannt, wonach russische Grenzsoldaten das Luftschiff beim Überfliegen der russischen Grenze in der Nacht auf Mittwoch beschossen hätten, da ihnen von Moskau der Flug des Zeppelins nicht bekanntgegeben worden wäre. Von russischer Seite wird diese Meldung als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet, zumal die russische Bevölkerung über den Weg des Luftschiffes vorher genau im Bilde gewesen wäre.

In seiner Ansprache, mit der er die Ankunft des „Graf Zeppelin" in Moskau begrüßte, führte der Chef der Luftstreitkräfte der Sowjetunion, **Baranow**, zu Dr. Eckener u. a. aus: Ich bin davon überzeugt, daß der Besuch des deutschen Luftschiffes unter Ihrer Führung erneut die Gewähr für den Austausch und Festigung nicht nur der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, sondern auch einer engen Verbindung zwischen der russischen und der deutschen Luftflotte bedeutet. Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat **von Twardowski**, der die Gäste namens der deutschen Botschaft und der deutschen Kolonie begrüßte, erklärte, der Besuch des „Graf Zeppelin" sei eine Bestätigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Er erwähnte insbesondere den Flug Moskau-New York und den Orientflug, der zur Zeit von einem Sowjetfluggeschwader unternommen wird. Namens der Fahrgäste des Luftschiffes zollte Dr. **Eckener** für den herzlichen Empfang seinen Dank und gab seinem Bedauern Ausdruck, daß die Wetterverhältnisse es nicht erlaubt hätten, Moskau früher zu besuchen. Allen Flugteilnehmern wurden Geschenke überreicht. Dr. Eckener erhielt einen silbernen Pokal.

Nachmittags 16.40 Uhr trat das Luftschiff die Heimfahrt an. Es passierte Dünaburg nachts 21.20 Uhr und überflog Königsberg um 1.25 Uhr. Heute früh 6.15 Uhr wurde Cottbus passiert.

*

WTB. **Friedrichshafen**, 11. Sept. Das Luftschiff „**Graf Zeppelin**" ist von seiner Fahrt nach Moskau **heute vormittag** 11.35 Uhr wieder nach Friedrichshafen **zurückgekehrt** und glatt gelandet. Es hat die Strecke des Rückfluges mit **2500 Kilometer in ungefähr 19 Stunden bewältigt.** An Bord befanden sich 22 Fahrgäste.

Kleine Chronik

Auf dem Zielschiff „**Zähringe**" ist am Mittwochabend nach einem Treffer im Achterschiff ein **Brand ausgebrochen.** Das Schiff liegt vor **Holtenau** zu Anker. Die Löschung des Brandes ist zur Zeit noch nicht beendet.

Der deutsche Ozeanflieger **v. Gronau** und seine Begleitung, welche heute mit dem Hapagdampfer „Hamburg" die Rückreise nach Europa antreten, sind für den gestrigen Abend in New York von den französischen Ozeanfliegern **Costes** und **Bellonte** zu einem Abschiedsessen eingeladen worden.

Ein **belgisches Verkehrsflugzeug** ist heute (Donnerstag) früh in der Nähe des Flugplatzes **Croydon** bei London **abgestürzt** und in Brand geraten. Der Führer und der Monteur kamen ums Leben.

Der **englische Kanal** ist wiederum **durchschwommen** worden, und zwar diesmal von der jugendlichen südafrikanischen Schwimmerin Peggy **Duncan**, die Dienstag abend kurz nach 8 Uhr bei Grisnez ins Wasser ging und Mittwoch mittag um 12.45 in South Foreland, östlich von Dover, das Land erreichte. Die von Miß Duncan gebrauchte Zeit von 16½ Stunden bleibt um 2 Stunden hinter dem von der Deutschamerikanerin Gertrud Ederle aufgestellten Frauenrekord und um 5½ Stunden hinter dem von dem Franzosen Michel aufgestellten Weltrekord zurück.

In **Bombay** ging binnen 8 Stunden am Dienstag eine **Regenmenge** nieder, die die Rekordhöhe von 45 Zentimeter erreichte. Die Straßen glichen Flüssen. Der gesamte Auto-, Straßenbahn- und Eisenbahnverkehr stockt. In einigen Stadtteilen gehen die Menschen in Schwimmanzügen, bis zur Hüfte im Wasser, ihren Geschäften nach.

Badischer Teil

Zur Wahlbewegung in Baden

Reichsminister Dietrich in Pforzheim

Im Saalbau in **Pforzheim** sprach Mittwoch abend vor etwa 2000 Zuhörern Reichsfinanzminister **Dietrich** zur Reichstagswahl.

Zu Beginn seiner Ausführungen, die sich im übrigen im Rahmen seiner bisherigen Vorträge bewegten, stellte der Minister fest, daß er in den neun großen Versammlungen, die er innerhalb weniger Tage abgehalten habe, habe feststellen können, daß **das Volk immer ruhiger und bestimmter Stellung zu den wichtigen Fragen nehme,** und daß sowohl die Jugend wie auch die Frauen immer stärkeren Anteil am politischen Leben zeigten, und das sei gut so. — Zur Wirtschaftsfrage erklärte der Redner, die endgültige Beseitigung der Arbeitslosigkeit könne nur durch eine Hebung der Wirtschaft kommen, und diese wiederum setze voraus, daß die Wirtschaft das Vertrauen zum Staate und zu sich selber wiedergewinne und allmählich entlastet werde. Zum Schluß sprach der Redner über den Sinn des Wahlkampfes. Die Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Weiter führte der Minister u. a. aus, man sehe jetzt ein, daß die Saisonarbeiter und Landarbeiter nicht in die Arbeitslosenversicherung gehören; ein Entwurf für die Kürzung der Gemeindebeamtengehälter nach Maßgabe der Reichsbeamten sei in Vorbereitung, wie auch der Entwurf einer gründlichen Kürzung der Pensionen und der Doppelverdienerbezüge; auch die Gehälter der nicht reichseigenen Monopolbetriebe versuche er zu beeinflussen. Zur Frage der Reparationen stellte der Minister fest, daß fast alle auf dem Umweg über unsere Vertragsgegner nach Amerika wanderten, und daß wir zusammen mit England, Frankreich, Italien usw. auf der Armesünderbank der Schuldner säßen, mit Amerika als einzigem Gläubiger. Er meinte, daß ohne unser Zutun bald ein Umschwung geschehen werde, bei dem England die erste Rolle spiele. Es komme alles darauf an, jetzt kaltblütig zu bleiben und nicht die Nerven zu verlieren.

Versammlungsstörung in Mannheim

Auf einer am Mittwochabend in **Mannheim** von der Friedensgesellschaft, der Sozialdemokratischen Partei und dem Reichsbanner ins Ballhaus einberufenen Wahlversammlung kam es zu einem größeren **Zusammenstoß** des **Saalschutzes** mit einer Gruppe **Nationalsozialisten.** Der Referent **Vierbücher** wurde schon von Anfang an mit häufigen Zwischenrufen gestört. Als jedoch ein Schmähruf gegen den ehemaligen preußischen Innenminister Grezesinski aus der Menge fiel, gerieten Reichsbannerleute und der Zwischenrufer in ein Wortgefecht, das bald zu einem **Handgemenge** ausartete, da sich in den Streit die anwesenden Nationalsozialisten einmischten. Es wurde mit Stühlen geworfen. Die Versammlung mußte auf einige Zeit unterbrochen werden. Ein Mann vom Reichsbanner wurde am Kopfe leicht verletzt. Ein halbes Dutzend anderer Versammlungsteilnehmer wurde durch Stuhlwürfe leicht verletzt. Die Nationalsozialisten mußten vom Überfallkommando in Sicherheit gebracht werden. Die Polizei zerstreute die Menge vor dem Ballhaus. Die Versammlung wurde dann fortgesetzt.

Politische Ausschreitungen vor Gericht

Vergehen gegen das Republikschutzgesetz

Wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz verurteilte am Mittwoch das **Schöffengericht Karlsruhe** den 20 Jahre alten Schreiner Friedrich Karl **Knapp** aus Rastatt, den 20jährigen Arbeiter Hermann **Vormann** und den 22jährigen ledigen Schuhzwicker Julius **Boschert**, sämtliche aus Rastatt, **zu je drei Monaten Gefängnis.**

Die Angeklagten hatten in der Nacht vom 10. auf 11. August in Rastatt die im Garten des Bürgermeisters Renner gehißte **schwarzrotgoldene Fahne** nach gemeinsamer Verabredung mit **Benzin übergossen und verbrannt,** um ihrer Mißachtung gegen die Reichsfarben Ausdruck zu geben. In der heutigen Sitzung machten sie geltend, sie hätten die Fahne des Oberbürgermeisters, gegen den der Angriff übrigens nicht gerichtet sei, deswegen verbrannt, weil einem Parteigenossen von ihnen an Pfingsten eine schwarzweißrote Fahne von einem unbekannten Täter heruntergeholt worden war. Gegen zwei Mitangeklagte, die zur Verhandlung nicht erschienen sind, wurde das Verfahren abgetrennt.

Unter der Beschuldigung des Landfriedensbruchs

Eine der gar nicht mehr so seltenen Prügeleien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten führte am Mittwoch sechs junge Leute aus Karlsruhe bzw. Karlsruhe-Bulach vor das **Schöffengericht Karlsruhe,** unter der schweren Anklage des **Landfriedensbruchs.**

In der Nacht zum 16. Juni d. J. gegen 11 Uhr, hatten nach der Anklage eine größere Anzahl Kommunisten vor dem Durlacher Tor etwa 15 bis 16 Durlacher Nationalsozialisten, die sich auf dem Heimwege nach Durlach befanden, angegriffen. Es kam zu einer **Prügelei,** bei der die Nationalsozialisten Hilfe aus ihrer nahegelegenen Vereinswirtschaft herbeiholten. Nach deren Eintreffen an der Kampfstätte kam es erneut zu einem Zusammenstoß und zu einer Schlägerei, die schließlich damit endete, daß die Nationalsozialisten angesichts der Übermacht der Gegner sich zurückzogen. Einige der Nationalsozialisten waren schwer mißhandelt und zum Teil **erheblich verletzt** worden. Dieser Anlaß führte im Verfolg zu der **Anklage** wegen Landfriedensbruchs. Als der Haupttäter und Anstifter wurde der Kommunist Gustav Adolf **Kappler** bezeichnet, der die Kommunisten zum Sturm auf die Nationalsozialisten aufgefordert haben sollte.

Die Verhandlung ergab in manchen Punkten kein klares Bild und die ersten Feststellungen erwiesen sich vor Gericht in mancher Beziehung als unzutreffend. So konnten vier der Angeklagten die Behauptung aufstellen, daß sie bei der Schlägerei überhaupt nicht zugegen gewesen seien, und ein Gegenbeweis konnte nicht erbracht werden. — Der Hauptangeklagte **Kappler** legte eingehend dar, er sei nichtsahnend mit seiner Frau in der Gegend des Durlacher Tors spazieren gegangen, sei dann von einer Rotte von Nationalsozialisten angegriffen und ebenso wie seine Frau geschlagen worden, ohne dazu irgendeinen Anlaß gegeben zu haben. In der Notwehr habe dann auch er zugeschlagen und, als aus einer Wirtschaft in der Nähe Personen herauskamen, um den Nationalsozialisten vorzutäuschen, diese Leute wollten ihm zu Hilfe eilen, gerufen: „Auf Genossen, jetzt gilt's!" Tatsächlich hätten die Nationalsozialisten von ihm abgelassen. Zwei der Nationalsozialisten bekunden, den Kappler und einen der weiteren Kameraden, den 31jährigen Wilhelm Goldschmidt, unter den Gegnern erkannt zu haben, sonst aber niemand. Weiter wird von zwei Zeugen bekundet, daß Goldschmidt aufgefordert habe, auf einen der Nationalsozialisten loszuschlagen und ihn „totzuschlagen". Im übrigen aber versagten die Zeugen gegenüber ihren ersten Angaben.

Im Laufe der vierstündigen Verhandlung wies der Gerichtsvorsitzende, Amtsgerichtsdirektor **Straub**, darauf hin, daß möglicherweise statt Landfriedensbruchs § 222a (Körperverletzung) in Frage kommt. Der **Staatsanwalt** ließ dann auch in seinem Plaidoyer die Anklage gegen vier der Beschuldigten fallen, für die er **Freispruch** beantragte, bei Kappler und Goldschmidt hielt er aber die Beschuldigung des Landfriedensbruchs aufrecht, beantragte aber hilfsweise Bestrafung wegen Körperverletzung. Die Verteidiger plädierten für Freisprechung, und einer von ihnen betonte, man hätte annehmen müssen, daß auch die Nationalsozialisten unter der gleichen Beschuldigung hätten vor Gericht gezogen werden müssen.

Nach längerer Beratung verkündete das Gericht das **Urteil,** nach dem **fünf der Beklagten freigesprochen** werden und **Goldschmidt** unter Zuerkennung mildernder Umstände zu 20 *RM* **Geldstrafe** evtl. vier Tagen Gefängnis verurteilt wird und zu den anteiligen Kosten des Verfahrens. Soweit Freispruch erfolgte, fallen die Kosten der Staatskasse zur Last. Festgestellt sei, daß **Kappler** auch geschlagen habe, das Gericht habe aber eine Art Notwehr als vorliegend anerkannt.

Plandruck

G. m. b. H.

KARLSRUHE i. B., Georg-Friedrich-Straße 3. Telephon 6249

Zinkbelichtungen für Flach- und Offsetdruck. Plandrucke in ein- und mehrfarbiger Ausführung. Maßstäbliche Vergrößerungen und Verkleinerungen von Karten und Plänen aller Art. Anfertigen von techn. Werken.

K.127

Aus der badischen Industrie

Kurzarbeit bei Hensel in Weinheim. Die hohen Zölle auf ausländischen Hartweizen und die verminderte Kaufkraft der Massen haben die Teigwarenfabrik Hensel in Weinheim — wie sie mitteilt — gezwungen, eine Anzahl ihrer Angestellten abzubauen und die Kurzarbeit einzuführen. Die Firma arbeitet nur noch an drei Tagen in der Woche.

Inbetriebnahme der Füllfederhalterfabrik Dossenheim (bei Heidelberg). Durch größere Abschlüsse von Aufträgen auf der Leipziger Messe wurde es ermöglicht, den Betrieb der Füllfederhalterfabrik Böhler & Co. am Montag fast in vollem Umfange wieder aufzunehmen.

Stillegung in der Sandsteinindustrie. Die Sandsteinindustrie Walldürn, die in normaler Zeit etwa 200 Personen Verdienstmöglichkeit gab, ist seit einigen Tagen völlig stillgelegt. Man macht jetzt Versuche zur Herstellung von Kunststeinen, die eine bessere Absatzmöglichkeit bieten.

Aus der Landeshauptstadt

Heinrich Vierordt wird 75 Jahre alt. Am 1. Oktober vollendet der heimatliche Dichter Hofrat Dr. Heinrich Vierordt sein 75. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß haben sich die Männergesangvereine Eintracht und Silcherbund, denen der greise, aber immer noch rüstige Jubilar als Protektor bzw. als Ehrenmitglied angehört, zusammengeschlossen, um ihm eine würdige Huldigung für sein reiches dichterisches Schaffen für Volk und Heimat nebst Fackelzug und Serenade vor seinem Wohnhaus darzubringen, wozu die hiesige Polizeikapelle sich zur Verfügung gestellt hat. Abends ist ein Festbankett im Künstlerhaus.

Reichsaußenminister Curtius spricht nicht in Karlsruhe. Es wurde mitgeteilt, daß Reichsaußenminister Dr. Curtius am morgigen Freitag in Karlsruhe in einer Wählerversammlung der Deutschen Volkspartei sprechen werde. Es hat sich aber dies als unmöglich herausgestellt, weil der Verlauf der Genfer Völkerbundstagung sich so gestaltet hat, daß Dr. Curtius während dieser Woche Genf nicht verlassen kann. An seiner Stelle wird Geheimrat Prof. Dr. Kahl sprechen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Unter dem Einfluß eines über Westeuropa liegenden Tiefdruckgebietes wird das vorwiegend trübe Wetter mit zeitweiligen Regenfällen zunächst noch anhalten. Später ist jedoch langsame Besserung zu erwarten, da über Mitteleuropa ein Teilhoch durch polare Luftmassen aufgebaut wird, die über Skandinavien nach Süden vorgestoßen sind. **Wetteraussichten:** Zunächst noch Fortdauer des zeitweise wolkigen Wetters und weitere Regenfälle, kühler bei Luftzufuhr aus Nordosten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	11. September Geld	11. September Brief	10. September Geld	10. September Brief
Amsterdam 100 G.	168.83	169.17	168.84	168.91
Kopenhagen 100 Kr.	112.29	112.51	112.31	112.58
Italien . . 100 L.	21.97	22.01	21.975	22.015
London . . 1 Pfd.	20.364	20.434	20.395	20.435
New York . 1 D.	4.1945	4.1025	4.1940	4.2020
Paris . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.465	16.505
Schweiz . 100 Fr.	81.38	81.54	81.365	81.525
Wien 100 Schilling	59.24	59.36	59.24	59.36
Prag . . . 100 Kr.	12.451	12.371	12.451	12.471

Heinrich Lanz AG., Mannheim. Der „N. Bad. Landesztg." zufolge wird am 30. September Direktor Max H. **Schmidt** auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand der Heinrich Lanz AG. ausscheiden. Er hat schon vor zwei Jahren diesen Wunsch geäußert, hat aber dann bei der Reorganisation der Gesellschaft grundlegende Arbeiten ausgeführt, die nunmehr abgeschlossen sind.

Vor Ermäßigung der Reifenpreise. Verhandlungen um die Ermäßigung der Reifenpreise sollen, wie mitgeteilt wird, in der nächsten Woche zum Abschluß kommen, und zwar wird mit Wirkung vom 1. Oktober zunächst eine **Ermäßigung** der Reifenpreise **um 10 Proz.** eintreten. Angesichts der erneuten Kautschukbaisse und der Preissenkung sonstiger Rohstoffe wird mit dem 1. Januar 1931 eine weitere Senkung in noch nicht feststehenden Ausmaße erwartet.

Stützung des Hopfens. Reichsernährungsminister **Schiele,** der in Franken für den Landbund kandidiert, erklärte einer Abordnung des Deutschen Hopfenverbandes, daß der Verwendungszwang für deutschen Hopfen heute bereits Gesetz wäre, wenn der Reichstag nicht aufgelöst worden wäre. Er versprach, daß er den Verwendungszwang sofort nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages als dringlich beantragen und ihn im Falle eines Versagens auf dem Wege der Notverordnung herbeizuführen trachten werde. Wegen der **Zollbindungen** würden in allernächster Zeit Verhandlungen mit Frankreich beginnen. Um die Angstverkäufe zu Schleuderpreisen zu verhindern, wäre er bereit, im Zusammenwirken mit der bayerischen Regierung eine **Stützungsaktion** in der Weise durchzuführen, daß geldbedürftigen Erzeugern tragbare Kredite gegen lombardmäßige Verpfändung des Hopfens unter Ausfallgarantie des Reiches und Bayerns zur Verfügung gestellt würden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

320,86 Millionen Lebensversicherungsprämien. Der Verband Deutscher Lebensversicherungsgesellschaften gibt folgende Zahlen für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1930 bekannt (in Klammern Januar bis März 1930): Am Ende der Berichtszeit standen bei 52 (51) Gesellschaften in Kraft, in der großen Lebensversicherung 2 449 371 Scheine über 11,37 Milliarden Reichsmark Versicherungssumme, in der kleinen Lebensversicherung 5 270 640 Scheine über 2,18 Milliarden Reichsmark Versicherungssumme, aufgewertete Versicherungen 7 060 013 Scheine über 0,54 Milliarden Reichsmark Versicherungssumme. Die Durchschnittssumme betrug für den Versicherungsschein in der großen Lebensversicherung 4640,46 (4476,23) *RM*, in der kleinen Lebensversicherung 414,07 (396,71) *RM*. Die Gesamtprämieneinnahme des laufenden Jahres belief sich bis zum Ende der Berichtszeit (6 Monate) auf 320 861 327 (157 682 319) *RM*.

Weniger Hagelschäden. Der Verband der Deutschen Hagelversicherungsaktiengesellschaften teilt mit, daß der Schadensverlauf im Jahre 1930 günstiger gewesen ist als im Vorjahre. Zahl und Schwere der Hagelschäden waren dieses Jahr besonders im Westen Deutschlands bemerkenswert, vor allem in Westfalen, der Rheinprovinz, Hessen-Nassau und dem Freistaat Hessen. Auch Mitteldeutschland, besonders Thüringen und Anhalt sowie Mecklenburg hatten empfindliche Hagelschläge zu verzeichnen. Die Hagelversicherungsaktiengesellschaften hoffen, 1930 mit einem befriedigenden Ergebnis abschließen zu können.

Gemeinderundschau

Ergebnislose Bürgermeisterwahl. Auch der zweite Wahlgang zur Bürgermeisterwahl in **Münchweier**, Amt Lahr, ist ergebnislos verlaufen, da keiner der drei aufgestellten Kandidaten die absolute Mehrheit erringen konnte.

Wichtige Vorlagen an den Mannheimer Bürgerausschuß. Der Bürgerausschuß Mannheim wird in seiner nächsten Sitzung gemäß Stadtratsbeschluß um Zustimmung zur Bewilligung eines **Zuschusses von 775 000** *RM* zum Bau der neuen **Bahnbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen** und Bereitstellung von weiteren 425 000 *RM* aus Anlehensmitteln zur Verbesserung der **Zufahrt** zur Rheinbrücke auf Mannheimer Seite ersucht. Weiter soll der Reservefonds des **Nationaltheaters** aufgelöst und mit der vom Lande Baden anläßlich des 150jährigen Jubiläums des Nationaltheaters gemachten Stiftung vereinigt werden, deren Erträgnisse verwendet werden sollen, um der minderbemittelten Mannheimer Bevölkerung den Besuch des Theaters zu erleichtern.

Der Voranschlag von Heiligenberg. Da gegenüber 1929/30 der Voranschlag für das laufende Jahr einen um 10 Prozent etwa erhöhten ungedeckten Aufwand ausweist, ist eine Umlageerhöhung notwendig. Der Umlagefuß beträgt diesmal beim Grundvermögen 87, beim Betriebsvermögen 35 und beim Gewerbeertrag 522 Reichspfennig.

Hinterziehung der Kurtaxe. Bemerkenswert ist eine Entscheidung des Hermsdorfer Amtsgerichts, daß die Hinterziehung der Kurtaxe als Betrug strafbar sein kann. Ein Gastwirt hatte seine Gäste nicht angemeldet und dadurch ihnen die Zahlung der Kurtaxe erspart. Das Gericht erblickt in der Nichtanmeldung das Verschweigen einer Tatsache in der Absicht, die Kurverwaltung um die Kurtaxe zu schädigen. Sowohl Gastwirt wie Gäste, die von der Nichtanmeldung wußten, sind wegen Betrugs bestraft worden.

Kurze Nachrichten aus Baden

bld. **Baden-Baden**, 10. Sept. Die neue Höhenstraße Karlsruhe—Ettlingen—Gaggenau—Baden-Baden—Höhenkurorte—Freiburg wird künftighin den Namen **„Schwarzwaldhochstraße"** tragen.

bld. **Freiburg**, 10. Sept. Beim Ausprobieren eines neuen Motorrades erlitt der bekannte, in den 30er Jahren stehende Rennfahrer Karl **Wachter** einen leichten Unfall, wobei er sich eine **kleine Wunde** zuzog, die er anfänglich nicht beachtete. Es trat eine **Blutvergiftung** hinzu, der Wachter jetzt nach kurzem schweren Leiden **erlag**. Der Verstorbene hat manches Motorradrennen siegreich bestanden und viele erste Preise gewonnen.

DZ. **St. Blasien**, 10. Sept. Heute nachmittag gegen 4 Uhr verunglückte in Häusern bei St. Blasien der 23jährige Monteur **Berthold** vom Strombezugsverband Waldshut **tödlich**. Berthold war an der **Starkstromleitung** beschäftigt und versuchte, ein Spannseil vom Mast über die Drähte zu werfen. Dabei berührte er die unter Spannung stehende Leitung. Der Tod muß sofort eingetreten sein.

DZ. **Bernau** (Schwarzwald), 11. Sept. Wie die „Freiburger Tagespost" meldet, wurde am Sonntagabend von einem nationalsozialistischen Arbeiter ein **Revolverschuß** in die Wohnstube des Bürgermeisters **Bregger** abgegeben. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Der Täter sowie zwei Mitbeteiligte wurden festgenommen.

DZ. **Raitbach**, Amt Schopfheim, 10. September. Ratschreiber **Währer** konnte dieser Tage auf eine **40jährige** Tätigkeit als Ratschreiber zurückblicken.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Planmäßig angestellt:

Pflegerin Marie **Ritzler** an der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz.

Ministerium der Finanzen

Wasser- und Straßenbaudirektion

Versetzt:

Regierungsbaurat Fritz **Keller** in Pforzheim zum Wasser- und Straßenbauamt Waldshut.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen wegen leidender Gesundheit:

Schiffsbrückenoberwärter Anton **Heck** in Obrigheim, Straßenwärter Josef **Uhl** in Haslach, Straßenwärter Wilhelm **Armbruster** in Biberach.

Zur Ruhe gesetzt kraft Gesetzes nach Erreichung der Altersgrenze:

Straßenoberbaumeister Wilhelm **Schumacher** in Ettlingen.

Zeitschriftenschau

„Der Kunstwart". Im Augustheft weist Luitpold Dußler, aus Anlaß der Ausstellung der Sammlung Schloß Rohoncz des Barons Heinrich Tyssen in der Münchener Neuen Pinakothek, mit dankenswertem Freimute auf den schlimmen Zustand im kunstwissenschaftlichen Gutachterwesen hin und erhebt im Interesse des Ansehens und der Leistung deutscher Kunstwissenschaft gegen die Verquickung wissenschaftlicher Verantwortlichkeit mit kapitalistischen Händlerinteressen Protest. Mit den letzten literarischen Kundgebungen Thomas Manns beschäftigt sich Erich Brock unter dem Stichwort „Kritische Forderungen des Tages an Thomas Mann". Aus Friedrich Rintelens Nachlaß findet sich ein Vortrag über „Goethes Italienische Reise" abgedruckt, eine wundervolle, klare und verständnistiefe Einfühlung in Goethes Aufzeichnungen über sein großes, seine Entwicklung so entscheidend beeinflussendes Erlebnis und in seine Bedeutung für unsere Erkenntnis des Dichters. Hervorzuheben ist ferner noch ein Aufsatz über die englischen Romane der Virginia Woolf von Ernst Heilbrunn, Novellen von Otto Stoeßl und Olav Duun, ein Gespräch „Zwischen gestern und morgen", sowie im Bilderteil die Wiedergabe eines Gemäldes von Daumier: Boulevard de la Seine.

BADISCHES LANDESTHEATER

Auch im

Spieljahr 1930/31

kann

freier Eintritt

nicht gewährt werden. Dagegen bietet die Platzmiete solche Vorteile, daß der Dauerbesucher für geringes Geld ein Vielfaches an Kunst genießt. Werdet darum Dauerbesucher! Und damit Kulturförderer! Baldige Anmeldung ist anzuraten.

TELEFONRUF: LANDESTHEATER

K.564

Kommunaldarlehen 509

vermittelt unter günstigen Bedingungen

JOSEPH LIEBMANN

Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

DIE

BEILAGEN

DER

KARLSRUHER ZEITUNG

BADISCHER STAATSANZEIGER

Zentralhandelsregister für Baden
Badischer Zentralanzeiger für Beamte
Wissenschaft und Bildung
Badische Kultur und Geschichte
Badische Wohlfahrtsblätter
Amtliche Berichte des Bad. Landtags

machen sie zu einem vielbeachteten Insertionsorgan

Inserieren auch Sie

Sie werden bestimmt zufrieden sein

Wanzen! Wanzen! 438

welch ein Schreck,
mit **SO 2** schafft's Höllstern weg
F. Höllstern, Ungezief.-Vernicht.-Anstalt Herrenstr. 5, Tel. 5791.

Junger K.562

Vermessungstechniker!

3 Jahre Fortführung, 1 Semest. Fachschule, sucht zwecks Weiterbildung Stellung bei Stadt oder Privatbetrieb. Angebote mit Gehaltsangabe unter Nr. 1476a an die Expedition dies. Blattes.

Ausschreibung.

Zu den Klinikneubauten vergeben wir auf Grund des Erlasses des Herrn Ministers der Finanzen vom 20. I. 28:

1. für das Tuberkulose- und Infektionsgebäude sowie Verbindungsgänge die Grab-, Beton-, Maurer-, Eisenbeton- und Steinhauerarbeiten,

2. für das Betriebs- und Wirtschaftsgebäude Be- und Entwässerung (innere Falleitungen, Installationen für Kalt- und Warmwasserleitungen und sanitäre Anlage).

Die Angebotsvordrucke für die Arbeiten unter 1. können auf unserem Baubüro, Hugstetter Str. 70, und die Vordrucke für die Arbeiten unter 2. im Baubüro Zimmer 16 im Neubau der Med. Klinik ab Donnerstag, dem 18. 9. 30, jeweils vormittags entgegengenommen und die Zeichnungen und Bedingungen eingesehen werden. Versand nach auswärts erfolgt nicht. Die Angebote zu 1. sind bis Dienstag, den 30. 9. 30 und die Angebote zu 2. bis Montag, den 6. 10. 30 auf den vorgenannten Baubüros, verschlossen mit entsprechender Aufschrift, einzureichen, woselbst am gleichen Tage vormittags 11 Uhr die Eröffnung erfolgt. Zuschlagsfrist 6 Wochen. O.866

Bad. Bezirksbauamt Freiburg i. Br. Klinikbaubüro.

O.865. **Karlsruhe.** Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Franz Baumann**, Karlsruhe, August-Dürr-Str. 7, wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Karlsruhe, 6. Sept. 1930.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1.

Inserieren bringt Gewinn!

Stadt Rastatt.

Ziehungs-Liste

für die Fohlen-Lotterie am 9. September 1930.

Bei der heute vor dem Notar vorgenommenen Losziehung sind die nachfolgenden Gewinne auf die beigesetzten Losnummern entfallen:

Los-Nr.	Gewinn Nr.	Gewinn	Los-Nr.	Gewinn Nr.	Gewinn
28	110	Stechschaufel	4653	4	Fohlen
174	8	Bargewinn 250 *RM*	4751	76	Heugabel
182	86	Zugstränge	4932	22	Fahrrad
197	39	1 Satz Aluminiumtöpfe (3 Stück)	5038	3	Fohlen
223	2	Fohlen	5142	96	Viehkardätsche mit Striegel
240	59	Spazierstock	5276	105	Straßenbesen und Waschseil
259	75	Axt mit Stiel	5464	102	Viehkardätsche mit Striegel
280	24	Dezimalwaage	5520	108	Kuhkette
321	57	Ernterechen	5823	49	Herrenschirm
341	35	Leiter	5849	118	Teppichklopfer und Straßenbesen
436	36	1 Satz Aluminiumtöpfe (3 Stück)	6165	61	Fußmatte
456	60	Gießkanne	6175	23	Kessel mit Feuerung
815	58	Hackmaschine	6203	64	Markttasche
849	56	1 Satz Aluminiumtöpfe (5 Stück)	6231	7	Bargewinn 300 *RM*
922	83	Sturmlaterne und Reisbesen	6265	82	Sturmlaterne
996	92	Küchenwaage	6382	47	Wäschekorb
1216	116	Eimer	6497	106	Kuhkette
1329	33	Krauthobel	6534	84	Waschseil
1391	50	Rucksack	6608	73	Mop
1407	97	Viehkardätsche mit Striegel	6682	44	Wäschepuff
1421	117	Teppichklopfer u.	6908	42	Bettflasche, Kupfer
1439	120	Reisbesen	6925	45	Fleischhackmaschine
1684	78	Spazierstock	6936	115	Eimer
1806	34	Wecker	7078	100	Jaucheschapfe
1823	27	Ofen	7091	67	Kartoffelschaufel
1863	87	Holzsäge	7096	98	Hosenträger
1894	81	Zugstränge	7215	54	Gießkanne, Zink
1908	85	Eimer und Reisbesen	7265	41	Zinkwanne
2436	28	Weinfaß, 50 Liter	7369	37	Bratpfanne
2453	9	Bargewinn 250 *RM*	7456	17	Bargewinn 100 *RM*
2595	113	Zugstränge	7694	43	Koffer
2716	111	Hammer und Beißzange	7826	77	Pferdepeitsche mit Striegel
2935	66	Küchenwaage	7921	79	Stechschaufel
2998	21	Pferdegeschirr	7954	74	Handkorb
3021	99	Schaufel mit Stiel	8065	5	Fohlen
3040	69	Fahrradlampe	8100	72	Haarbesen
3042	55	Axt mit Stiel	8129	40	Koffer
3067	91	Hacke	8181	119	Markttasche
3082	109	Jaucheschapfe	8188	53	Messingpfanne
3096	95	Tränkeimer und Pferdepeitsche	8290	10	Fohlen
3140	112	Kuhpeitsche	8418	70	Kartoffelschaufel
3230	65	Wäschekorb	8561	16	Bargewinn 200 *RM*
3349	80	Salatseiher	8609	89	Haumesser
3458	6	Fohlen	8710	14	Fohlen
3518	101	Fußmatte	9016	11	Fohlen
3695	18	Bargewinn 100 *RM*	9094	52	Spazierstock
3753	71	Dunggabel	9097	103	Hosenträger
3775	68	Fleischbrühseiher und Schaumlöffel	9101	93	Pferdepeitsche
3840	19	Bargewinn 100 *RM*	9282	104	Straßenbesen und Waschseil
3935	51	Aktenmappe	9327	88	Hacke
3974	15	Bargewinn 200 *RM*	9388	63	Waschkessel
4192	12	Fohlen	9467	31	elektr. Bügeleisen
4350	1	Fohlen	9522	25	Stahlegge
4376	94	Marktkorb	9533	13	Fohlen
4439	38	Korbsessel	9595	90	Rebschere
4482	114	Milchkanne	9661	26	Regulator
4541	32	Reisekorb	9768	107	Baumsäge
4599	30	Pferdekopfgestell	9783	46	Schirmständer
4603	20	Bargewinn 100 *RM*	9802	48	Messingpfanne
4606	62	Gießkanne	9928	29	Küchenwaage

Die Gewinne stehen von heute an auf Rechnung und Gefahr des Gewinners. Wegen Aushändigung der Gewinne Nr. 1 bis 20 wende man sich an das Bürgermeisteramt — Rathaus, Zimmer Nr. 18.

Die Gewinne Nr. 21 bis 120 können in der städt. Fruchthalle abgeholt werden. Gewinner von Fohlen haben für Fütterung und Pflege derselben 1,50 *RM* pro Tag zu entrichten.

Rastatt, den 11. September 1930.

Der Oberbürgermeister. K.563

Druck G. Braun, Karlsruhe